

Statement

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

Berlin, 10. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Coronakrise ist nicht nur eine enorme Belastung für unsere Gesellschaft insgesamt, sondern auch für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Bereits bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nehmen momentan zu.

Wenn Eltern in Zeiten geschlossener Kitas und Schulen einspringen müssen, sind es eben oft die Mütter, die die Hauptlast zu tragen haben. Meistens Sie – und eben nicht die Väter – reduzieren ihre Arbeitszeit, um zu Hause die Kinder zu betreuen, um Homeschooling zu machen. Und schon dies ist Grund zur Sorge. Denn damit drohen sich letztendlich wieder tradierte Rollenbilder zu verfestigen – gerade wenn die Krise noch länger anhalten wird und Schulen und Kitas nicht sofort in den Regelbetrieb wechseln können.

Das wird negative Auswirkungen auf die Einkommen von Frauen haben, nicht nur im Moment, sondern über die nächsten Jahre hinweg: Denn wer heute unfreiwillig in Teilzeit geht, wird angesichts der wirtschaftlichen Lage in vielen Bereichen nicht so schnell wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Aktuell ist es wichtig, dass es während der pandemiebedingten Schließzeiten von Kitas und Schulen einen auskömmlichen Lohnersatz gibt. Das erweiterte Kinderkrankengeld kann hierzu beitragen. Wir brauchen aber eine Regelung, die für den gesamten Zeitraum der Pandemie trägt, um Eltern so viel Planungssicherheit zu geben wie möglich.

Generell – und das sage ich auch mit Blick auf die Bundestagswahl – sollten künftig alle politischen Planungen, Vorhaben und Finanzentscheidungen daraufhin geprüft werden, ob sie die Gleichstellung von Männern und Frauen vorantreiben. Die Ziele sind klar: Wir brauchen bessere Löhne in frauendominierten Berufen, mehr Frauen in Führungspositionen und eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

junge Menschen haben ungeachtet der Pandemie Anspruch auf gute Bildungs- und Ausbildungschancen. Doch die Schwachstellen werden jetzt in der Krise wie durch ein Brennglas sichtbar: Es mangelt an Fachkräften in Kitas, Schulen und der Weiterbildung. Die technische und bauliche Ausstattung von Schulen und Kitas ist zum Teil vorsintflutlich. Da scheitert der digitale Unterricht noch immer am fehlenden WLAN und da lassen sich vielerorts die Fenster für das Stoßlüften nicht richtig öffnen. Auf rund 43 Milliarden Euro beziffert die KfW den Sanierungsstau allein an unseren Schulen. Wir erwarten von einer kommenden Bundesregierung, dass sie gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein kräftiges Sanierungsprogramm auflegt. Vor allem die Schulen in ärmeren Gemeinden und Stadtvierteln brauchen mehr Unterstützung.

Mehr noch: Geschlossene Kitas und Schulen verschärfen die soziale Spaltung in unserem Bildungssystem. Kinder, die zu Hause keinen Computer und keine Rückzugsräume haben, sind von Schulschließungen besonders hart betroffen. Sie können dauerhaft den Anschluss verlieren – mit fatalen Folgen. Die Kultusminister sollten endlich ein Konzept für jene Schülerinnen und Schüler entwickeln, die im Distanzlernen nicht oder kaum erreicht werden. Fast ein Jahr nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es höchste Zeit dafür! Dazu zählt für mich, dass – wenn es die Infektionszahlen zulassen – für diese benachteiligten Kinder und Jugendlichen zuerst – und noch vor den Abschlussklassen – gezielte Präsenzangebote in kleinen Gruppen gemacht werden.

Auf dem Ausbildungsmarkt haben wir in 2020 ein Minus von 11 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsplätzen gehabt. Der Bund hat zwar mit unserer Hilfe Förderprogramme für Unternehmen die ausbilden aufgelegt. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, brauchen wir aber eine Ausbildungsgarantie, die den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs regelt – notfalls eben auch bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger. Um den Strukturwandel in der Arbeitswelt abzufedern müssen wir auch bei der Weiterbildung ansetzen. Wir wollen einen Anspruch auf gesetzlich und sozial abgesicherte Lernzeiten für die Beschäftigten. Eine Bildungsteilzeit ist hier ein wichtiges Instrument.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch den öffentlichen Dienst stellt die Pandemie vor besondere Herausforderungen. Wir weisen seit langem auf den Personalmangel und die veraltete Ausstattung in vielen Bereichen hin. Aktuell sind die Gesundheitsämter hier im Fokus. Wichtig ist jetzt, dass die öffentlichen Arbeitgeber endlich eine vernünftige Personalplanung machen – und zwar auf allen Ebenen. Jetzt werden die Weichen gestellt, damit der öffentliche Dienst handlungsfähig bleibt. Auch wenn die Pandemie die Staatsausgaben in die Höhe schnellen lässt: Vor einem erneuten Sparkurs der öffentlichen Hand können wir nur warnen. Ein Schrumpfstaat ist für uns keine Perspektive. Denn Ergebnis einer solchen Politik sind mangelhafte Leistungen der öffentlichen Hand. Vielfach lassen die Bürgerinnen und Bürger ihren Frust dann an den Staatsbediensteten aus. Sie erinnern sich vielleicht an unsere Pressekonferenz im letzten Januar. „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ ist der Slogan unserer Kampagne, mit der wir auf die zunehmende Gewalt und Aggressivität gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aufmerksam machen wollen. Wir werden diese Aktion auch in diesem Jahr fortsetzen. Denn nach wie vor gibt es Übergriffe. In der Pandemie sind insbesondere die Mitarbeiter*innen der Ordnungsämter und Polizisten die Leidtragenden. Noch immer werden solche Vorfälle nicht in ihrer Gesamtheit von den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes erfasst. Das ist aber notwendig, um Prävention und Schutz für die Beschäftigten zu verbessern.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.